

Landkreis Cuxhaven, 27470 Cuxhaven

Instara
Vahrer Straße 180
28309 Bremen

Amt Bauaufsicht und Regionalplanung
Stabsstelle Bauleitplanung

Auskunft erteilt
Herr Tilly
Dienstgebäude
Vincent-Lübeck-Str. 2, 27474 Cuxhaven
Zimmer-Nr.
326
Telefon-Durchwahl
04721 66-2450
Telefax-Durchwahl
04721 66-270385
E-Mail
t.tilly@landkreis-cuxhaven.de

Ihr Zeichen und Tag
li-sw
16.02.2023

Mein Zeichen
63.3-TY
61.20/01.06-75

Datum
23.03.2023

Bauleitplanung der Gemeinde Hagen im Bremischen
75. Änderung des Flächennutzungsplanes, Solarpark Lehnstedt
Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß
§ 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrter Herr Wessel, sehr geehrte Damen und Herren,

zu der o.g. Bauleitplanung wird vom Landkreis Cuxhaven wie folgt Stellung genommen:

Archäologische Denkmalpflege/
Museum Burg Bederkesa

Zu der geplanten Maßnahme bestehen keine Bedenken.

Die Genehmigung kann unter folgenden Bedingungen und Auflagen erteilt werden:

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlesammlungen, Knochen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) angeschnitten werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 Nieders. Denkmalschutzgesetz (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Archäologischen Denkmalpflege des Landkreises Cuxhaven unverzüglich angezeigt werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen.

Amt Wasser- und Abfallwirtschaft

Aus Sicht des Fachgebietes Gewässerschutz

Das Projekt soll ohne den Anfall von häuslichem und gewerblichen Abwasser umgesetzt werden: keine Bedenken.

Kreisstraßen und Infrastruktur

Der Landkreis Cuxhaven plant einen **Radweg südlich der Kreisstraße 48** zwischen Uthlede und Lehnstedt und benötigt dafür Flächen im beschriebenen Bereich. Im weiteren Schritt der Planung sollte deshalb eine Abstimmung und Kontaktaufnahme zur Klärung des Flächenbedarfs stattfinden. Für weitere Rückfragen steht Herr Schulze (Tel.: 04721 66-2532; b.schulze@landkreis-cuxhaven.de) gern zur Verfügung.

Untere Naturschutzbehörde und untere Waldbehörde

Im weiteren Verfahren sind aus naturschutzfachlicher, naturschutz- und waldrechtlicher Sicht bestehen folgende Punkte zu berücksichtigen und abzuarbeiten:

Bei Prüfung der Unterlagen ist aufgefallen, dass sich in unmittelbarer Nähe zum geplanten Solarpark Lehnstedt Wald im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung befindet.

Auf den folgenden Flurstücken in der Umgebung ist Wald vorhanden:

Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 61/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 60/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 59/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 58/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 57/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 53/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 52/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 48/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 47/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 46/4
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 46/3
Gemarkung Uthlede, Flur 9, Flurstück 46/2

Zwischen der Bebauung durch den Solarpark und dem Wald ist ein hinreichender Abstand einzuhalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß den Vorgaben des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) ein Abstand zwischen Wald und Bebauung von 100 Metern einzuhalten ist.

Aus naturschutzfachlicher Sicht sollten die Flurstücke 5/17, 4/6, 3/1 und 2/4, Flur 9, Gemarkung Lehnstedt von der weiteren Beplanung ausgenommen werden. Das Kuhfleth inkl. Gewässerrandstreifen als „Schutzstreifen“ (s. Entwurf Kurzbegründung auf S. 15) ist aus naturschutzfachlicher Sicht kein ausreichender Abstand. Zudem befinden sich die Flächen im Niederungsbereich des Kuhfleth und in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet Borner Moor. Diese Flächen im Niederungsbereich stellen einen Puffer für das Naturschutzgebiet nach Süden dar. Ich verweise zudem auf die im Rahmen des zurückliegenden Flurbereinigungsverfahrens festgelegte Kompensationsmaßnahme entlang des Kuhfleths.

Bei der Überprüfung der Angaben zum Schutzgut Boden mit der BÜK 50 (NIBIS-Kartenserver) sind deutliche Abweichungen festgestellt worden. So finden sich im gesamten Plangebiet Moorböden (sehr tiefes Erdhoch- bzw. Erdniedermoor) und kein Gley-Podsol.

Moorböden haben eine zentrale Bedeutung für den Klimaschutz. Gem. dem Vorentwurf des NLT-Papiers „Arbeitshilfe: Hinweise für einen naturverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik“ (Stand 21.02.2023) sollte Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) auf landwirtschaftlich genutzten Moorböden nur in Verbindung mit Wiedervernässung erfolgen. Entsprechend ist der Sachverhalt „Renaturierung und Wiedervernässung“ im Plangebiet im weiteren Verfahren einzustellen.

Entsprechend stellt die Aussage auf S. 13, dass die Böden im Plangebiet aus fachlicher Sicht insgesamt keine besondere Bedeutung für das Schutzgut Boden haben, einen Widerspruch zu der Bedeutung von Moorböden für den Klimaschutz dar. Diese Bedeutung ist ebenfalls im Kapitel 8.4 zu ergänzen. Von Klimaschutz kann hier nur in Verbindung mit Moorschutz argumentiert werden.

In der weiteren Planung sind daher die Besonderheiten von Moorböden auch im Hinblick auf ihre Eigenschaften zu berücksichtigen und bau-, anlage- und betriebsbedingte Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sind darzulegen.

Im Hinblick auf die Gründung bzw. Ständerung der Module ist ein Bodengutachten erforderlich, welches u.a. die vorhandene Torfmächtigkeit untersucht. Die Torfmächtigkeit eines Moorkörpers kann kleinräumig stark schwanken. Es ist zwingend zu vermeiden, dass beim Bau der Verankerungselemente sowie der Infrastruktur (Kabeltrassen etc.) relevante stauende Bodenschichten zerstört werden.

Gemäß dem Entwurf der Kurzbegründung werden die vorhandenen Gräben im Plangebiet erhalten. Da es sich bei einem Solarpark um eine technische Fläche handelt und nicht um ein primär landwirtschaftlich genutztes Grünland, sind gem. der Gewässerrandstreifenverordnung in Verbindung mit § 58 NWG entlang der Gewässer III. Ordnung beidseitig Gewässerrandstreifen mit einer Breite von 3 m vorzusehen. In Bezug auf das Kuhfleth – ein Gewässer II. Ordnung – ist ein mind. 5 m breiter Randstreifen zu berücksichtigen.

Laut Kapitel 8.7 wird für den Netzanschluss an die 110 kV-Leitung ein eigenes Umspannwerk genutzt. Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, ob eine entsprechender Neubau erforderlich ist oder an das bestehende, südwestlich liegende Umspannwerk angelagert werden kann. Ich weise darauf hin, dass hierfür die Eingriffsregelung in einem gesonderten Antrag nach § 17 (3) BNatSchG abzuarbeiten ist – wobei auf die priorisierten Leitungsverfahren von Tennet und Ampri- on entsprechend Rücksicht genommen werden muss.

Redaktioneller Hinweis: Auf Seite 18 wird das Vorhaben unzutreffend in der „Samtgemeinde Sittensen“ verortet.

Anmerkungen und Hinweise für den zu erstellenden Umweltbericht:

Die Verschattung inkl. dem Schattenwurf der Modultische stellt gem. dem Vorentwurf des NLT-Papiers „Arbeitshilfe: Hinweise für einen naturverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik“ (Stand 21.02.2023) eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzguts Bodens und des Schutzgutes Biotope dar. Es ist daher erforderlich im Umweltbericht in der Eingriffsbilanzierung die Verschattung zu ermitteln und zu bilanzieren. Dies ist zudem im Hinblick auf die Bilanzierung bzw. Bewertung ggf. vorgesehener interner Kompensationsmaßnahmen wie z.B. Extensivgrünland maßgebend, da für die Entwicklung wertvollen, artenreichen Grünlandes sowie einer Erhöhung der Biodiversität ausreichend Besonnung zwischen den Modulreihen erforderlich ist. Andernfalls ist eine dahingehende Aufwertung der Flächen für Arten und Biotope nicht gegeben.

Da die Verschattung abhängig ist vom Reihenabstand zwischen den Modultischen sollten dieser – insbesondere, wenn z.B. eine Aufwertung der Flächen durch Extensivierung z.B. im Rahmen einer Beweidung vorgesehen ist – aus naturschutzfachlicher Sicht mind. einen Reihenabstand von 5 m aufweisen und die Größe der Modultische sollte 5 m nicht überschreiten.

Grundsätzlich ist die geplante Ausgestaltung des Solarparks sowie die vorgesehene Bewirtschaftung konkret darzulegen. Je nach Pflegekonzept sind u.a. konkrete Angaben zur Besatzdichte, zum Beweidungsintervall oder bei Mähnutzung zur Mahdhäufigkeit, Beginn der Mahd und dem Verbleib des Mähgutes zu machen. Ich weise darauf hin, dass aus naturschutzfachlicher Sicht für eine Optimierung der Flächen das Mahdgut abzutransportieren ist.

Sofern keine Wildtierkorridore, die den Solarpark unterteilen vorgesehen sind, sind aus fachlicher Sicht in der Einzäunung Kleintierdurchlässe vorzusehen.

Die Eingrünung entlang der Autobahn sollte außerhalb einer möglichen geplanten Einzäunung vorgesehen werden.

Des Weiteren sollte in der Artenliste im Kapitel 7.6 die Sandbirke durch die Moorbirke (*Betula pubescens*) ersetzt und folgende Arten ergänzt werden: Eiche (*Quercus robur*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Grauweide (*Salix cinerea*) und Faulbaum (*Rhamnus frangula*).

Der Anteil an Bäumen sollte in der Pflanzung 10 % nicht unterschreiten. Sofern Bäume in der Anpflanzung vorgesehen sind, sollten die Pflanzabstände wie folgt vorgesehen werden: für Bäume beträgt der Abstand 3 - 5 m, dazwischen sind Sträucher mit einem Abstand von 1 m zu setzen. Entsprechend sollte für Bäume die Pflanzqualität Hochstamm mit 10 – 16 cm Stammumfang in 1 m Höhe festgelegt werden.

Um den Erhalt der Anpflanzung zu fördern, sind geeignete Maßnahmen gegen Verbiss durch Wild- und ggf. Weidetiere vorzusehen.

Aus der Flächenübersicht lassen sich keine Angaben entnehmen, ob externe Kompensationsmaßnahmen vorgesehen sind. Sofern externe Kompensationsmaßnahmen in der weiteren Planung erforderlich werden, sind diese zu erfassen und das geplante Konzept in Plan und Text darzulegen.

Amt für Bauaufsicht und Regionalplanung

Baudenkmalschutz

Aus denkmalpflegerischer Sicht wird zum o.a. Vorhaben wie folgt Stellung genommen:

Alle eventuell im Plangebiet befindlichen baulichen Anlagen stehen **nicht unter Denkmalschutz**. Auch in der näheren Umgebung des Plangebietes befinden sich keine denkmalgeschützten Objekte, die von der Bauleitplanung in irgendeiner Form hätten beeinträchtigt werden können.

Zur geplanten Aufstellung des o.a. Bebauungsplanes können daher aus denkmalpflegerischer Sicht **keine Bedenken** erhoben werden.

Regionalplanung

Das Plangebiet umfasst insgesamt eine Fläche von etwa 34,76 ha und damit ist die Planung aufgrund der Rauminanspruchnahme raumbedeutsam.

Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2022 (LROP 2022)

Das gesamte Plangebiet befindet sich gemäß der zeichnerischen Darstellung des LROP 2022 in einem Vorranggebiet Torferhaltung. Gemäß LROP 2022 Kapitel 3.1.1 Ziffer 07, Satz 1 sind in Vorranggebieten Torferhaltung die vorhandenen Torfkörper in ihrer Funktion als Kohlenstoffspeicher zu erhalten. Dieses Ziel der Raumordnung ist zu beachten. Soweit durch die Einbringung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen die Böden, vor allem deren Stauschichten, nicht wesentlich beeinträchtigt werden, ist eine Vereinbarkeit gegeben. Dies ist im Rahmen der Bauleitplanung darzulegen. Es wird angeregt, mittels einer Wiedervernässung der Flächen in Kombination mit der PV-Nutzung einen Beitrag zur Aufwertung der Flächen für Klima und Naturschutz zu leisten: Sofern Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzten, entwässerten Böden entstehen und durch den Entfall der landwirtschaftlichen Nutzung auf diesen Flächen eine Anhebung der Wasserstände ermöglicht und umgesetzt wird, reduziert dies die CO₂-Emissionen dieser Böden. Eine PV-Nutzung auf entsprechenden Flächen sollte daher in Vorranggebieten Torferhaltung mit einer Wiedervernässung einhergehen.

Das Plangebiet befindet sich teilweise innerhalb des Trassenkorridors der Elbe-Weser-Leitung (zwischen Dollern - Elsfleth) sowie dem Suchraum für das Umspannwerk Farge. Gemäß LROP 2022, Kapitel 4.2.2 Ziffer 09 (Ziel) ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten, dass der Neubau oder Ausbau von Höchstspannungswechselstromleitungen sowie eine Erweiterung oder Neuerrichtung von Nebenanlagen erforderlich sind. Die TenneT TSO GmbH als Vorhabenträgerin hat die für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens erforderlichen Unterlagen der verfahrensführenden Behörde, Amt für regionale Landesentwicklung, vorgelegt. Das Raumordnungsverfahren mit integrierter Prüfung der Umweltverträglichkeit gemäß § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 10 Niedersächsisches Raumordnungsgesetz (NROG) wurde durch die Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen am 15.03.2023 begonnen. Eine Abstimmung mit dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet und der verfahrensführenden Behörde des Raumordnungsverfahrens, dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg, ist aus unserer Sicht im Rahmen der Bauleitplanung dringend erforderlich. Nur unter der Voraussetzung, dass eine Entflechtung mit dem Vorhaben Elbe-Weser-Leitung möglich ist, kann eine Vereinbarkeit mit dem Ziel der Raumordnung hergestellt werden. Das Ergebnis ist in der Begründung zu B- und F-Plan darzulegen.

Regionales Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven (RROP 2012)

Das gesamte Plangebiet befindet sich in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft sowie einem Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft. Beide Vorbehaltsgebiete sind in ihrer Funktionszuweisung zu berücksichtigen. Die Vorranggebiete Autobahn sowie Anschlussstelle Autobahn, welche im Osten des Plangebietes angrenzen sind in ihrer Funktionszuweisung zu beachten. Ebenso das Vorranggebiet regionale Hauptverkehrsstraße, welche das Plangebiet von Westen nach Osten durchkreuzt. Notwendige Schutzstreifen sind mit den jeweils zuständigen Straßenbaubehörden abzustimmen.

Gemäß LROP 2022 Kapitel 4.2.1 Ziffer 03, Satz 4 sollen Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, mit Ausnahme raumverträglicher Agri-Photovoltaikanlagen, nicht in Anspruch genommen werden (Grundsatz der Raumordnung). Gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 2 ROG sind Vorbehaltsgebiete dadurch charakterisiert, dass sie bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten bleiben sollen, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Die Festlegung ist somit zwar konkret, aber inhaltlich nicht (strikt) bindend, sondern in der Abwägung unter erhöhtem Rechtfertigungsdruck überwindbar. Die Abwägung der Belange ist z.B. im Rahmen der Bauleitplanung zu leisten.

Die Auseinandersetzung mit agrarstrukturellen Belangen in der Begründung zum Bebauungsplan wird als nicht ausreichend erachtet, da sich lediglich mit den Bodentypen und der Ertragsfähigkeit am Standort selbst auseinandergesetzt wurde. Eine Auseinandersetzung mit der einzelbetrieblichen und agrarstrukturellen Verträglichkeit der Planung am konkreten Standort wird erwartet. Es wird angeregt, die landwirtschaftliche Fachbehörde mit der Erarbeitung fachlicher Grundlagen zur einzelbetrieblichen (z.B. Eigentums- und Pachtverhältnissen) und agrarstrukturellen Verträglichkeit zu beauftragen. In der Begründung des Flächennutzungsplans/Bebauungsplans ist zudem darzulegen, warum andere Standorte im Gemeindegebiet, für die nicht der Vorbehalt Landwirtschaft festgelegt wurde, als nicht besser geeignet eingestuft werden – trotz entgegenstehenden Grundsatzes der Raumordnung im Plangebiet (Alternativenprüfung).

Im Norden und Süden grenzt jeweils ein Vorbehaltsgebiet Wald an das Plangebiet an. Die Prüfung, ob es sich bei den Flächen um Wald nach NWaldLG handelt, muss durch die untere Waldbehörde erfolgen. Entgegen der Annahme in den Begründungen ist das Ziel der Raumordnung im RROP 2012, Kapitel 3.2.1.2, Ziffer 05 „Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten“ zu beachten und einer Abwägung durch die Gemeinde nicht zugänglich.

Zum momentanen Zeitpunkt bestehen gegenüber der vorgelegten Planung raumordnerische Bedenken.

Für Rückfragen steht Herr Liu (Tel.: 04721 66-2441; x.liu@landkreis-cuxhaven.de) Ihnen gerne zur Verfügung.

Von den **anderen beteiligten Stellen** innerhalb der Kreisverwaltung wurden keine Anregungen oder Bedenken gegen die vorliegende Bauleitplanung geäußert.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Benkowski

Landkreis Cuxhaven, 27470 Cuxhaven

Instara
Vahrer Straße 180
28309 Bremen

Amt Bauaufsicht und Regionalplanung
Stabsstelle Bauleitplanung

Auskunft erteilt
Herr Tilly
Dienstgebäude
Vincent-Lübeck-Str. 2, 27474 Cuxhaven
Zimmer-Nr.
326
Telefon-Durchwahl
04721 66-2450
Telefax-Durchwahl
04721 66-270385
E-Mail
t.tilly@landkreis-cuxhaven.de

Ihr Zeichen und Tag
li - sw
16.02.2023

Mein Zeichen
63.3-TY
61.21/01.39-37.0

Datum
23.03.2023

**Bauleitplanung der Gemeinde Hagen im Bremischen
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Solarpark Lehnstedt“
Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß
§ 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrter Herr Wessel, sehr geehrte Damen und Herren,

zu der o.g. Bauleitplanung wird vom Landkreis Cuxhaven wie folgt Stellung genommen:

**Archäologische Denkmalpflege/
Museum Burg Bederkesa**

Zu der geplanten Maßnahme bestehen keine Bedenken.

Die Genehmigung kann unter folgenden Bedingungen und Auflagen erteilt werden:

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlesammlungen, Knochen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) angeschnitten werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 Nieders. Denkmalschutzgesetz (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Archäologischen Denkmalpflege des Landkreises Cuxhaven unverzüglich angezeigt werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen.

Amt Wasser- und Abfallwirtschaft

Aus Sicht des Fachgebietes Gewässerschutz

Das Projekt soll ohne den Anfall von häuslichem und gewerblichen Abwasser umgesetzt werden:
keine Bedenken

Kreisstraßen und Infrastruktur

Der Landkreis Cuxhaven plant einen **Radweg südlich der Kreisstraße 48** zwischen Uthlede und Lehnstedt und benötigt dafür Flächen im beschriebenen Bereich. Im weiteren Schritt der Planung sollte deshalb eine Abstimmung und Kontaktaufnahme zur Klärung des Flächenbedarfs stattfinden. Für weitere Rückfragen steht Herr Schulze (Tel.: 04721 66-2532; b.schulze@landkreis-cuxhaven.de) gern zur Verfügung.

Untere Naturschutzbehörde und untere Waldbehörde

Im weiteren Verfahren sind aus naturschutzfachlicher, naturschutz- und waldrechtlicher Sicht bestehen folgende Punkte zu berücksichtigen und abzuarbeiten:

Bei Prüfung der Unterlagen ist aufgefallen, dass sich in unmittelbarer Nähe zum geplanten Solarpark Lehnstedt Wald im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung befindet.

Auf den folgenden Flurstücken in der Umgebung ist Wald vorhanden:

Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 61/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 60/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 59/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 58/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 57/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 53/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 52/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 48/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 47/2
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 46/4
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3, Flurstück 46/3
Gemarkung Uthlede, Flur 9, Flurstück 46/2

Zwischen der Bebauung durch den Solarpark und dem Wald ist ein hinreichender Abstand einzuhalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß den Vorgaben des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) ein Abstand zwischen Wald und Bebauung von 100 Metern einzuhalten ist.

Aus naturschutzfachlicher Sicht sollten die Flurstücke 5/17, 4/6, 3/1 und 2/4, Flur 9, Gemarkung Lehnstedt von der weiteren Beplanung ausgenommen werden. Das Kuhfleth inkl. Gewässerrandstreifen als „Schutzstreifen“ (s. Entwurf Kurzbegründung auf S. 15) ist aus naturschutzfachlicher Sicht kein ausreichender Abstand. Zudem befinden sich die Flächen im Niederungsbereich des Kuhfleth und in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet Borner Moor. Diese Flächen im Niederungsbereich stellen einen Puffer für das Naturschutzgebiet nach Süden dar. Ich verweise zudem auf die im Rahmen des zurückliegenden Flurbereinigungsverfahrens festgelegte Kompensationsmaßnahme entlang des Kuhfleths.

Bei der Überprüfung der Angaben zum Schutzgut Boden mit der BÜK 50 (NIBIS-Kartenserver) sind deutliche Abweichungen festgestellt worden. So finden sich im gesamten Plangebiet Moorböden (sehr tiefes Erdhoch- bzw. Erdniedermoor) und kein Gley-Podsol.

Moorböden haben eine zentrale Bedeutung für den Klimaschutz. Gem. dem Vorentwurf des NLT-Papiers „Arbeitshilfe: Hinweise für einen naturverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik“ (Stand 21.02.2023) sollte Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) auf landwirtschaftlich genutzten Moorböden nur in Verbindung mit Wiedervernässung erfolgen. Entsprechend ist der Sachverhalt „Renaturierung und Wiedervernässung“ im Plangebiet im weiteren Verfahren einzustellen.

Entsprechend stellt die Aussage auf S. 13, dass die Böden im Plangebiet aus fachlicher Sicht insgesamt keine besondere Bedeutung für das Schutzgut Boden haben, einen Widerspruch zu der

Bedeutung von Moorböden für den Klimaschutz dar. Diese Bedeutung ist ebenfalls im Kapitel 8.4 zu ergänzen. Von Klimaschutz kann hier nur in Verbindung mit Moorschutz argumentiert werden. In der weiteren Planung sind daher die Besonderheiten von Moorböden auch im Hinblick auf ihre Eigenschaften zu berücksichtigen und bau-, anlage- und betriebsbedingte Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sind darzulegen.

Im Hinblick auf die Gründung bzw. Ständerung der Module ist ein Bodengutachten erforderlich, welches u.a. die vorhandene Torfmächtigkeit untersucht. Die Torfmächtigkeit eines Moorkörpers kann kleinräumig stark schwanken. Es ist zwingend zu vermeiden, dass beim Bau der Verankerungselemente sowie der Infrastruktur (Kabeltrassen etc.) relevante stauende Bodenschichten zerstört werden.

Gemäß dem Entwurf der Kurzbegründung werden die vorhandenen Gräben im Plangebiet erhalten. Da es sich bei einem Solarpark um eine technische Fläche handelt und nicht um ein primär landwirtschaftlich genutztes Grünland, sind gem. der Gewässerdichteverordnung in Verbindung mit § 58 NWG entlang der Gewässer III. Ordnung beidseitig Gewässerrandstreifen mit einer Breite von 3 m vorzusehen. In Bezug auf das Kuhfleth – ein Gewässer II. Ordnung – ist ein mind. 5 m breiter Randstreifen zu berücksichtigen.

Laut Kapitel 8.7 wird für den Netzanschluss an die 110 kV-Leitung ein eigenes Umspannwerk genutzt. Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, ob eine entsprechender Neubau erforderlich ist oder an das bestehende, südwestlich liegende Umspannwerk angelagert werden kann. Ich weise darauf hin, dass hierfür die Eingriffsregelung in einem gesonderten Antrag nach § 17 (3) BNatSchG abzuarbeiten ist – wobei auf die priorisierten Leitungsverfahren von Tennet und Ampri- on entsprechend Rücksicht genommen werden muss.

Redaktioneller Hinweis: Auf Seite 18 wird das Vorhaben unzutreffend in der „Samtgemeinde Sit- tensen“ verortet.

Anmerkungen und Hinweise für den zu erstellenden Umweltbericht:

Die Verschattung inkl. dem Schattenwurf der Modultische stellt gem. dem Vorentwurf des NLT- Papiers „Arbeitshilfe: Hinweise für einen naturverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik“ (Stand 21.02.2023) eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzguts Bodens und des Schutzgutes Biotope dar. Es ist daher erforderlich im Umweltbericht in der Eingriffsbilanzierung die Verschattung zu ermitteln und zu bilanzieren. Dies ist zudem im Hinblick auf die Bilanzierung bzw. Bewertung ggf. vorgesehener interner Kompensationsmaßnahmen wie z.B. Extensivgrünland maßgebend, da für die Entwicklung wertvollen, artenreichen Grünlandes sowie einer Erhöhung der Biodiversität ausreichend Besonnung zwischen den Modulreihen erforderlich ist. Andernfalls ist eine dahingehende Aufwertung der Flächen für Arten und Biotope nicht gegeben.

Da die Verschattung abhängig ist vom Reihenabstand zwischen den Modultischen sollten dieser – insbesondere, wenn z.B. eine Aufwertung der Flächen durch Extensivierung z.B. im Rahmen einer Beweidung vorgesehen ist – aus naturschutzfachlicher Sicht mind. einen Reihenabstand von 5 m aufweisen und die Größe der Modultische sollte 5 m nicht überschreiten.

Grundsätzlich ist die geplante Ausgestaltung des Solarparks sowie die vorgesehene Bewirtschaftung konkret darzulegen. Je nach Pflegekonzept sind u.a. konkrete Angaben zur Besatzdichte, zum Beweidungsintervall oder bei Mähnutzung zur Mahdhäufigkeit, Beginn der Mahd und dem Verbleib des Mähgutes zu machen. Ich weise darauf hin, dass aus naturschutzfachlicher Sicht für eine Optimierung der Flächen das Mahdgut abzutransportieren ist.

Sofern keine Wildtierkorridore, die den Solarpark unterteilen vorgesehen sind, sind aus fachlicher Sicht in der Einzäunung Kleintierdurchlässe vorzusehen.

Die Eingrünung entlang der Autobahn sollte außerhalb einer möglichen geplanten Einzäunung vorgesehen werden.

Des Weiteren sollte in der Artenliste im Kapitel 7.6 die Sandbirke durch die Moorbirke (*Betula pubescens*) ersetzt und folgende Arten ergänzt werden: Eiche (*Quercus robur*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Grauweide (*Salix cinerea*) und Faulbaum (*Rhamnus frangula*).

Der Anteil an Bäumen sollte in der Pflanzung 10 % nicht unterschreiten. Sofern Bäume in der Anpflanzung vorgesehen sind, sollten die Pflanzabstände wie folgt vorgesehen werden: für Bäume beträgt der Abstand 3 - 5 m, dazwischen sind Sträucher mit einem Abstand von 1 m zu setzen. Entsprechend sollte für Bäume die Pflanzqualität Hochstamm mit 10 – 16 cm Stammumfang in 1 m Höhe festgelegt werden.

Um den Erhalt der Anpflanzung zu fördern, sind geeignete Maßnahmen gegen Verbiss durch Wild- und ggf. Weidetiere vorzusehen.

Aus der Flächenübersicht lassen sich keine Angaben entnehmen, ob externe Kompensationsmaßnahmen vorgesehen sind. Sofern externe Kompensationsmaßnahmen in der weiteren Planung erforderlich werden, sind diese zu erfassen und das geplante Konzept in Plan und Text darzulegen.

Amt für Bauaufsicht und Regionalplanung

Baudenkmalpflege

Alle eventuell im Plangebiet befindlichen baulichen Anlagen stehen **nicht unter Denkmalschutz**. Auch in der näheren Umgebung des Plangebietes befinden sich keine denkmalgeschützten Objekte, die von der Bauleitplanung in irgendeiner Form hätten beeinträchtigt werden können.

Zur geplanten Aufstellung des o.a. Bebauungsplanes können daher aus denkmalpflegerischer Sicht **keine Bedenken** erhoben werden.

Regionalplanung

Das Plangebiet umfasst insgesamt eine Fläche von etwa 34,76 ha und damit ist die Planung aufgrund der Rauminanspruchnahme raumbedeutsam.

Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2022 (LROP 2022)

Das gesamte Plangebiet befindet sich gemäß der zeichnerischen Darstellung des LROP 2022 in einem Vorranggebiet Torferhaltung. Gemäß LROP 2022 Kapitel 3.1.1 Ziffer 07, Satz 1 sind in Vorranggebieten Torferhaltung die vorhandenen Torfkörper in ihrer Funktion als Kohlenstoffspeicher zu erhalten. Dieses Ziel der Raumordnung ist zu beachten. Soweit durch die Einbringung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen die Böden, vor allem deren Stauschichten, nicht wesentlich beeinträchtigt werden, ist eine Vereinbarkeit gegeben. Dies ist im Rahmen der Bauleitplanung darzulegen. Es wird angeregt, mittels einer Wiedervernässung der Flächen in Kombination mit der PV-Nutzung einen Beitrag zur Aufwertung der Flächen für Klima und Naturschutz zu leisten: Sofern Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzten, entwässerten Böden entstehen und durch den Entfall der landwirtschaftlichen Nutzung auf diesen Flächen eine Anhebung der Wasserstände ermöglicht und umgesetzt wird, reduziert dies die CO₂-Emissionen dieser Böden. Eine PV-Nutzung auf entsprechenden Flächen sollte daher in Vorranggebieten Torferhaltung mit einer Wiedervernässung einhergehen.

Das Plangebiet befindet sich teilweise innerhalb des Trassenkorridors der Elbe-Weser-Leitung (zwischen Dollern - Elsfleth) sowie dem Suchraum für das Umspannwerk Farge. Gemäß LROP 2022, Kapitel 4.2.2 Ziffer 09 (Ziel) ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten, dass der Neubau oder Ausbau von Höchstspannungswechselstromleitungen sowie eine

Erweiterung oder Neuerrichtung von Nebenanlagen erforderlich sind. Die TenneT TSO GmbH als Vorhabenträgerin hat die für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens erforderlichen Unterlagen der verfahrensführenden Behörde, Amt für regionale Landesentwicklung, vorgelegt. Das Raumordnungsverfahren mit integrierter Prüfung der Umweltverträglichkeit gemäß § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 10 Niedersächsisches Raumordnungsgesetz (NROG) wurde durch die Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen am 15.03.2023 begonnen. Eine Abstimmung mit dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet und der verfahrensführenden Behörde des Raumordnungsverfahrens, dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg, ist aus unserer Sicht im Rahmen der Bauleitplanung dringend erforderlich. Nur unter der Voraussetzung, dass eine Entflechtung mit dem Vorhaben Elbe-Weser-Leitung möglich ist, kann eine Vereinbarkeit mit dem Ziel der Raumordnung hergestellt werden. Das Ergebnis ist in der Begründung zu B- und F-Plan darzulegen.

Regionales Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven (RROP 2012)

Das gesamte Plangebiet befindet sich in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft sowie einem Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft. Beide Vorbehaltsgebiete sind in ihrer Funktionszuweisung zu berücksichtigen. Die Vorranggebiete Autobahn sowie Anschlussstelle Autobahn, welche im Osten des Plangebietes angrenzen sind in ihrer Funktionszuweisung zu beachten. Ebenso das Vorranggebiet regionale Hauptverkehrsstraße, welche das Plangebiet von Westen nach Osten durchkreuzt. Notwendige Schutzstreifen sind mit den jeweils zuständigen Straßenbaubehörden abzustimmen.

Gemäß LROP 2022 Kapitel 4.2.1 Ziffer 03, Satz 4 sollen Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, mit Ausnahme raumverträglicher Agri-Photovoltaikanlagen, nicht in Anspruch genommen werden (Grundsatz der Raumordnung). Gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 2 ROG sind Vorbehaltsgebiete dadurch charakterisiert, dass sie bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten bleiben sollen, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist. Die Festlegung ist somit zwar konkret, aber inhaltlich nicht (strikt) bindend, sondern in der Abwägung unter erhöhtem Rechtfertigungsdruck überwindbar. Die Abwägung der Belange ist z.B. im Rahmen der Bauleitplanung zu leisten.

Die Auseinandersetzung mit agrarstrukturellen Belangen in der Begründung zum Bebauungsplan wird als nicht ausreichend erachtet, da sich lediglich mit den Bodentypen und der Ertragsfähigkeit am Standort selbst auseinandergesetzt wurde. Eine Auseinandersetzung mit der einzelbetrieblichen und agrarstrukturellen Verträglichkeit der Planung am konkreten Standort wird erwartet. Es wird angeregt, die landwirtschaftliche Fachbehörde mit der Erarbeitung fachlicher Grundlagen zur einzelbetrieblichen (z.B. Eigentums- und Pachtverhältnissen) und agrarstrukturellen Verträglichkeit zu beauftragen. In der Begründung des Flächennutzungsplans/Bebauungsplans ist zudem darzulegen, warum andere Standorte im Gemeindegebiet, für die nicht der Vorbehalt Landwirtschaft festgelegt wurde, als nicht besser geeignet eingestuft werden – trotz entgegenstehenden Grundsatzes der Raumordnung im Plangebiet (Alternativenprüfung).

Im Norden und Süden grenzt jeweils ein Vorbehaltsgebiet Wald an das Plangebiet an. Die Prüfung, ob es sich bei den Flächen um Wald nach NWaldLG handelt, muss durch die untere Waldbehörde erfolgen. Entgegen der Annahme in den Begründungen ist das Ziel der Raumordnung im RROP 2012, Kapitel 3.2.1.2, Ziffer 05 „Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten“ zu beachten und einer Abwägung durch die Gemeinde nicht zugänglich.

Zum momentanen Zeitpunkt bestehen gegenüber der vorgelegten Planung raumordnerische Bedenken.

Für Rückfragen steht Herr Liu (Tel.: 04721 66-2441; x.liu@landkreis-cuxhaven.de) Ihnen gerne zur Verfügung.

Fachgebiet 63.5 - Erneuerbare Energien und Telekommunikation

Das Fachgebiet 63.5 hat den B-Plan-Entwurf auf die Umsetzbarkeit in einem späteren Baugenehmigungsverfahren durchgesehen und ist zu den folgenden Feststellungen (a bis c) gekommen, die in der weiteren Planung berücksichtigt werden sollten:

a)

Nach § 9 (1) Bundesfernstraßengesetz (FStrG) sind 40 m neben der Autobahn frei zu halten. Erst (und m.E.: nur dann) wenn die zuständige Straßenbaubehörde **im B-Plan-Verfahren** in diesem Bereich einer Bebauung im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht zugestimmt hat, können die Flächen der gesetzlich vorgegebenen Bauverbotszone im B-Plan zur Bebauung vorgesehen / festgesetzt werden [siehe auch § 9 (7) Fernstraßengesetz].

Im hier vorgelegten B-Plan-Entwurf wird zwar auf die 40m-Anbauverbotszone hingewiesen, gleichwohl setzt der B-Plan hier überbaubare Grundstücksflächen fest.

Sollte diese Flächen (nach Stellungnahme der Straßenbaubehörde) nicht für eine Bebauung zur Verfügung stehen (z.B. wenn die Fläche für eine Verbreiterung der Autobahn benötigt wird) besteht keine Aufstellungsbedürfnis (im Sinne v. § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB) für einen B-Plan in diesem Bereich.

Das Fernstraßenbundesamt (FBA) hat inzwischen angekündigt, bei Freiflächen-Photovoltaik in der Anbauverbotszone eher Zustimmungen zu erteilen als bisher. Siehe hierzu: https://www.fba.bund.de/DE/Meldungen/20230131_Freiflaechenphotovoltaikanlagen_Anbauverbotszone.html

Es geht aus der zitierten Homepage des FBA m.E. hervor, dass die Gemeinde im Aufstellungsverfahren des B-Plan einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung stellen sollte, um diesen Punkt (für die Dauer der Geltung ihrer Satzung) rechtsverbindlich zu klären:

Zitat:

„Die konkrete Einzelfallbeurteilung sowie die zwingend vorzusehenden Nebenbestimmungen im Verwaltungsverfahren machen einen gesonderten Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung erforderlich. Bei entsprechender Planreife kann das Antragsverfahren auch parallel zum Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden.“

b)

Die Gemeinde hat bisher (lediglich) eine **GR = maximale Grundfläche** zeichnerisch festgesetzt. Diese beträgt für die drei Flächen (SO1 bis SO3) insgesamt **5.200 m²** - bei einer überplanten Fläche von **347.676 m²** (siehe Flächenübersicht: Ziff. 7.7 auf Seite 20 des Begründungsentwurfs).

In Ihrer Begründung geht die Gemeinde m.E. irrtümlich davon aus, dass sie so die maximal zulässige Versiegelung durch Fundamente und Bodenverankerungen für die PV-Modelle regeln kann / regelt.

Dies ist zwar nachvollziehbar aber jedoch m.E. so (wie in der Begründung beschrieben und durch die textl. Festsetzung Ziff. 2.1 als Festsetzung geplant) nicht möglich.

Das erklärt sich durch § 16 Abs. 2 Ziff. 1 BauNVO und § 19 Abs. 1-3 BauNVO: mit der Festsetzung einer Grundfläche von baulichen Anlagen (nach § 16 Abs. 2 Ziff. 1 BauNVO) wird entspr. § 19 Abs. 1 - 3 BauNVO angegeben, wieviel Quadratmeter Grundfläche des Baugrundstücks **überdeckt werden darf**.

Die GR und die GRZ im Sinne der BauNVO regeln also nicht die versiegelten Flächen, sondern die überdeckten Flächen.

M.E. ist der Gemeinde dringend zu empfehlen, diese Festsetzungen zu überarbeiten (siehe ergänzend hierzu der folgende Buchstabe c).

c)

Die geplante textliche Festsetzung Ziffer 2.1 ist m.E. nicht umsetzbar, da gar keine (zeichnerische) Festsetzung einer **GRZ (I)** erfolgt ist.

Durch den Bezug in der geplanten textlichen Festsetzung Ziff. 2.2 und der Begründung auf § 19 Abs. 4 S. 2 BauNVO wird hier eine GRZ für Anlagen nach § 19 Abs 4 S. 1 BauNVO (Garagen, Stellplätze, Nebenanlagen) geplant (so genannte **GRZ II**).

Dies geht so nicht, da eine GRZ für die eigentlichen Hauptanlagen (die Solaranlagen) fehlt (so genannte **GRZ I**).

Es wurde ja lediglich eine **GR** festgesetzt.

Auch hierzu ist der Gemeinde dringend zu empfehlen, diese Festsetzungen zu überarbeiten.

Als Beispiel für eine ausreichend festgesetzte GRZ (I) ließe sich hier z.B. der (bereits umgesetzte) B-Plan Nr. 112 „Solarpark Debstedt“ (an der A27) der Stadt Geestland in der Bebauungsplanauskunft des Landkreises Cuxhaven einsehen.

Es wird auf folgende (Schreib-) Fehler hingewiesen:

Seite 18, Ziff. 6: **66**, FNP-Änderung?

Seite 18, Ziff. 7: Gemeinde **Sittensen**?

Seite 21c in Ziff. 8.5 Abs. 3: „Nebenan**al**gen“.

Von den anderen beteiligten Stellen innerhalb der Kreisverwaltung wurden keine Anregungen oder Bedenken gegen die vorliegende Bauleitplanung geäußert.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Benkowski

Niedersächsisches Landvolk Kreisverband Wesermünde e. V.



Niedersächsisches Landvolk, Kreisverband Wesermünde e. V.
Bismarckstraße 61 22570 Bremerhaven

Telefon (0471) 9 24 95 - 0
Steuerabteilung (0471) 9 24 95 - 30
Telefax (0471) 9 24 95 - 99

www.landvolk-wesermuende.de
mail@lv-wem.de

barrierefreier Zugang und Fahrstuhl
für das gesamte Gebäude

Gemeinde Hagen im Bremischen
über
Instara GmbH
Vahrer Str. 80
28309 Bremen

Sachbearbeiter:
Torsten Gaul

Durchwahl:
9 24 95 - 50

23. März 2023
-/Ga

Bebauungsplan Nr. 37 „Sondergebiet Lehnstedt“, Ortschaft Uthlede 75. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hagen im Bremischen

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § Abs. 1 BauGB nehmen wir aus
landwirtschaftlicher Sicht wie folgt Stellung:

Der unter den Aspekten Klimawandel und energetische Versorgungsunabhängigkeit zu beschleunigende Ausbau erneuerbarer Energien wird auch von uns mitgetragen. Dennoch bedarf es sowohl unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln als auch zur Berücksichtigung einzelbetrieblicher Betroffenheiten einer differenzierten Betrachtung und sorgfältiger Abwägung aller Belange in jedem Einzelfall.

Der weitere Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche – hier eines zusammenhängenden überwiegend als Grünland genutzten Komplexes - ist äußerst kritisch zu sehen. Gerade auf Grünland ist in unserer Region aufgrund der Milcherzeugung die Wertschöpfung oftmals deutlich höher als auf Ackerland. Die besondere Ertragsfähigkeit im Plangebiet wird auch durch die Darstellung dieser Flächen im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Cuxhaven als Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft belegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im RROP des Landkreises Cuxhaven ein Großteil der Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft nicht aufgrund des hohen natürlichen Ertragspotentials als solche dargestellt sind, sondern aufgrund ihrer besonderen Funktion für die Landwirtschaft infolge der hohen wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Flächen. Diese besondere Bedeutung zeigt sich auch in der tatsächlichen Nutzung der Flächen, nämlich als intensives Grünland. Insofern sind die Charakterisierungen der Plangebietsflächen auf Seite 13 der Begründung und die Schlussfolgerungen daraus nicht zutreffend.

-2-

Bankverbindungen:
Weser-Elbe Sparkasse
IBAN: DE79 2925 0000 0100 1021 40
BIC: BRIADF21BRS

Volksbank eG Bremerhaven-Cuxland
IBAN: DE82 2926 5747 4846 0605 00
BIC: GENODEF1BEV

USt-IdNr.: 114708571
AG Bremen VR-Nr.: 599 BHV

Vorstehende Ausführungen verdeutlichen, dass jeglicher Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgrund des allgemeinen Flächendrucks durch Infrastrukturvorhaben, bauliche Entwicklung und diese begleitende Kompensationsmaßnahmen sowie zunehmender Bewirtschaftungsauflagen schmerzlich ist. Dieser Verlust wirkt angesichts aktueller Geschehnisse umso schmerzlicher, da diese Flächen dauerhaft der Produktion von Lebensmitteln bzw. dem Futterbau zur Erzeugung tierischer Lebensmittel entzogen werden.

Da im Plangebiet nach unserer Kenntnis mindestens vier aktive landwirtschaftliche Betriebe wirtschaften, die auf die Futtergewinnung dieser Flächen angewiesen sind, regen wir ein landwirtschaftliches Fachgutachten zur Klärung der einzelbetrieblichen Betroffenheiten durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen an. Auch die gemeinsame Arbeitshilfe „Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Niedersachsen“ von Landkreistag (NLT) und Städte- und Gemeindebund (NSGB) empfiehlt die Einbindung der landwirtschaftlichen Fachbehörde, um „eine Verträglichkeit mit agrarstrukturellen Belangen sicherzustellen“. Idealerweise erfolgt die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange in einer der Bauleitplanung vorgeschalteten Erarbeitung eines Standortkonzeptes zu Erneuerbaren Energieanlagen.

In einem solchen Konzept wäre auch die Fragestellung zu bearbeiten, ob nicht die westlich der BAB 27 gelegenen Flächen eher einer Erweiterung des angrenzenden Windparks dienlich sein können. Über Windkraftanlagen könnte eine vergleichbare elektrische Leistung weitestgehend flächenschonend installiert werden.

Grundsätzlich können mit gemeindlichen Energiekonzepten mögliche Nutzungskonflikte frühzeitig erkannt, entschärft und so die Akzeptanz der Vorhaben vor Ort gefördert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Niedersächsisches Landvolk
Kreisverband Wesermünde e. V.



i. A. Torsten Gaul
stellv. Geschäftsführer



Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 51 01 53, 30631 Hannover

per e-mail

Bearbeitet von Cendric Bleischwitz

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
li - sw, 17.02.2023

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
TOEB.2023.02.00221

Durchwahl
+49 (0)511 643 3924

Hannover
23.03.2023

E-Mail
toeb-beteiligung@lbeg.niedersachsen.de

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping-Verfahren) zur 75. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 37 „Solarpark Lehnstedt“

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Boden

Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG). Bei Bau, Betrieb und Rückbau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) sind Beeinträchtigungen der im BBodSchG definierten Bodenfunktionen zu vermeiden oder zu mindern. Dies entspricht der Vorsorgepflicht des BBodSchG (§7). Schädliche Bodenveränderungen sind abzuwehren (BBodSchG §4). Demzufolge geben wir im Folgenden Empfehlungen zum Bodenschutz bei der Planung (z.B. für Potenzialstudien, Regionale Energiekonzepte, Bauleitplanung) und bei Bau- bzw. Rückbaumaßnahmen von PV-FFA. Zudem geben wir fachliche Hinweise zur weiteren Prüfung im Verfahren.

Bodenschutz in der Planung von PV-FFA

Für die Installation von Photovoltaikanlagen sollen vorrangig bereits versiegelte Flächen sowie Flächen auf oder an Gebäude oder sonstigen baulichen Anlagen in Anspruch genommen werden (vgl. LROP 4.2.1, 03). Wir empfehlen folglich, dieses Potenzial vor der Installation von PV-FFA auszuschöpfen.

Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen. Diese Böden

Dienstgebäude
GEOZENTRUM HANNOVER
Stilleweg 2
30655 Hannover
Verkehrsanbindung
Stadtbahnlinie 7 bis Pappelwiese

Telefon
0511 643-0
Telefax
0511 643-2304
E-Mail
Poststelle@lbeg.niedersachsen.de
Internet
<http://www.lbeg.niedersachsen.de>

Bankverbindung
Nord/LB
IBAN: DE 84 2505 0000 0106 0223 95
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H XXX

Steuernummer
Steuernummer beim Finanzamt Hannover Nord:
25/202/29467
USt. - ID- Nummer:
DE 811289769

sind in Niedersachsen in der Kulisse besonders schutzwürdiger Böden [Geobericht 8](#) zusammengefasst. Wir empfehlen diese Datengrundlage (einsehbar auf dem [NIBIS® Kartenserver](#)) für die Verwendung in der Planung. Für die regionale und kommunale Ebene steht zudem mit der Bodenfunktionsbewertung ein erweitertes Bewertungsverfahren zur Verfügung [Geobericht 26](#). Sofern eine solche Bewertung vorliegt, empfehlen wir deren Verwendung.

Gemäß LROP sollen Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft nicht für die Entwicklung von PV-FFA in Anspruch genommen werden (vgl. LROP 4.2.1, 03). Aus bodenschutzfachlicher Sicht empfehlen wir zudem, Böden mit einer hohen natürlichen Bodenfruchtbarkeit grundsätzlich nicht für die Entwicklung von PV-FFA in Betracht zu ziehen. Die landwirtschaftliche Produktion kann auf Böden mit einer hohen natürlichen Fruchtbarkeit hohe Ernteerträge erzielen. Agrar-Photovoltaikanlagen (Agri-PV), die entsprechend LROP (4.2.1, 03) auch in den Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft vorgesehen werden können, könnten hier als eine Lösung geprüft werden, welche beide Nutzungen ermöglicht.

Das Plangebiet ist teilweise durch kohlenstoffreiche Böden mit Bedeutung für den Klimaschutz geprägt. Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten sollen entsprechend dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 06) in ihrer Funktion als natürliche Speicher für klimarelevante Stoffe erhalten werden. Die Daten können auf dem [NIBIS® Kartenserver](#) eingesehen werden.

Moorböden und andere kohlenstoffreiche Böden werden in Niedersachsen häufig landwirtschaftlich genutzt. Für diese Nutzung wurden sie üblicherweise entwässert. Entwässerung, Düngung und Bodenbearbeitung führen dazu, dass die organische Substanz von Mooren zersetzt wird und die Böden damit Treibhausgase freisetzen (siehe hierzu [Geofakt 38](#)). Bei der Errichtung von PV-FFA auf entwässerten, landwirtschaftlich genutzten Mooren bietet sich die Möglichkeit, diese Zersetzungsprozesse durch eine fachgerechte Wiedervernässung zu stoppen. So kann der Klimaschutzeffekt, der durch die Photovoltaikanlagen erzielt wird, erheblich gesteigert werden. Ohne Wiedervernässung ist bei entwässerten Mooren mit einem fortschreitenden Verlust des Torfkörpers zu rechnen. Wir empfehlen folglich, die Errichtung von PV-FFA auf diesen Böden immer mit einer vollständigen Wiedervernässung der Mooren umzusetzen. Fachliche Hinweise zur fachgerechten Umsetzung sind in [Geobericht 45](#) verfügbar. Eine Wiedervernässung ist dauerhaft sicherzustellen. Wartungsarbeiten und Rückbaumaßnahmen müssen an die vernässte Situation angepasst geplant und folglich bodenschonend durchgeführt werden.

Entsprechend den Daten des LBEG sind die Böden empfindlich gegenüber Bodenverdichtung (siehe Auswertungskarte „Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung“ auf dem [NIBIS® Kartenserver](#)). Verdichtungen sind durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden – zum Schutz und zur Minderung der Beeinträchtigungen des Bodens.

Laut den Datengrundlagen des LBEG kommen im Plangebiet sulfatsaure Böden der niedersächsischen Küstengebiete vor.

Tiefenbereich Inhalt		Massnahme
0-2 m	Niedermoororte im Küstenholozän, z.T. mit sulfatsaurem Material	Erkundung bei begründeten Hinweisen im Bodenprofil wie schwarzes Eisensulfid, Jarosit und/oder Eisenausfällungen (Feststellung durch bodenkundliches Fachpersonal) oder bei gehemmtem Pflanzenwachstum
unterhalb 2 m	Niedermoororte im	Erkundung bei begründeten Hinweisen im Bodenprofil wie

Tiefenbereich Inhalt

Massnahme

Küstenholozän, z.T. mit
sulfatsaurem Material

schwarzes Eisensulfid, Jarosit und/oder Eisenausfällungen
(Feststellung durch bodenkundliches Fachpersonal) oder bei
gehemmtem Pflanzenwachstum

Sulfatsaure Böden können zu bedeutenden Problemen bei Bauvorhaben führen. Ursache dieser Probleme sind hohe, geogen bedingte Gehalte an reduzierten anorganischen Schwefelverbindungen (v. a. Eisensulfide wie Pyrit) in den Böden. Probleme treten dann auf, wenn diese z.B. im Rahmen von Bauvorhaben entwässert und/oder das Material aus dem natürlichen Verbund herausgenommen wird. Bei der daraus resultierenden Belüftung des Bodens bzw. des Bodenmaterials wird Pyrit oxidiert und erhebliche Mengen an Sulfat und Säure (bis $\text{pH} < 4$ im Boden) werden freigesetzt. Durch die Entwässerung und Umlagerung sulfatsaurer Böden ergeben sich erhebliche Gefährdungspotenziale für Boden, Wasser, Flora, Fauna und Bauwerke. Wir weisen auf die erschienenen LBEG Veröffentlichungen „Sulfatsaure Böden in niedersächsischen Küstengebieten“ [Geofakten 24](#) und „Handlungsempfehlungen zur Bewertung und zum Umgang mit Bodenaushub aus (potenziell) sulfatsauren Sedimenten“ [Geofakten 25](#) hin. Zudem liegt der Erlass „Umlagerung von potentiell sulfatsauren Aushubmaterialien im Bereich des niedersächsischen Küstenholozäns“ (RdErl. d. MU vom 12.02.2019) vor. In diesen Unterlagen werden Hinweise für das Vor-Ort-Management gegeben sowie Möglichkeiten zum Umgang mit potentiell sulfatsaurem Aushubmaterial aufgezeigt. Unsere Auswertungskarten können auf dem [NIBIS Kartenserver](#) eingesehen werden.

Den Rückbau der Anlagen und die Folgenutzung der Flächen empfehlen wir bereits in der Planung frühzeitig in den Blick zu nehmen. Sofern die Flächen zuvor als Flächen für die Landwirtschaft genutzt wurden, sollte nach Ablauf der Nutzung als PV-FFA eine Rückführung in diese Nutzung erfolgen. Dies dient aus bodenschutzfachlicher Sicht insbesondere der Vermeidung einer dauerhaften Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen. Das BauGB bietet hierzu die Möglichkeit über §9 Abs. 2. Demnach kann im Bebauungsplan festgesetzt werden, dass die baulichen und sonstigen Nutzungen und Anlagen nur für einen bestimmten Zeitraum oder bis zu dem Eintritt bestimmter Umstände zulässig sind und anschließend in eine vorgegebene Folgenutzung überführt werden. Wir empfehlen eine möglichst versiegelungsarme Gestaltung der Anlagen. Auf befestigte Zuwegungen sollte folglich so weit wie möglich verzichtet werden. Die Gründung der Anlagen mit Pfählen oder Ankern ist aus bodenschutzfachlicher Sicht einer Gründung mit Betonfundamenten vorzuziehen.

Bodenschutz beim Bauen

In der Planung sollten zudem frühzeitig Grundsätze zum Bodenschutz beim Bauen verankert werden. Diese sind gemäß DIN 19639 u.a. dann von besonderer Bedeutung, wenn die Böden nach der Maßnahme weiterhin die natürlichen Bodenfunktionen erfüllen sollen wie es bei der Etablierung von PV-FFA der Fall ist. Beim Bau von PV-FFA bestehen unterschiedliche Wirkfaktoren, die negative Beeinträchtigungen des Bodens auslösen können. In der Bauphase sind dies insbesondere Baustraßen, Lager- und Abstellflächen, Befahrung durch Maschinen, Bodenaushub und -umlagerung. Auch anlagebedingt sind Böden betroffen, insbesondere durch Versiegelung, die Verlegung von Kabelverbindungen im Boden oder durch die Überdeckung durch die Module.

Aus bodenschutzfachlicher Sicht geben wir nachfolgend einige Hinweise zur Vermeidung und Minimierung von Bodenbeeinträchtigungen. Im Rahmen der Bautätigkeiten sind insbesondere

folgende DIN-Normen zu berücksichtigen: DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial. Um dauerhaft negative Auswirkungen zu vermeiden, sollten die Böden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotzonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnahe, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stahlplatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen ausgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden. Bodenerosion durch ablaufendes Niederschlagswasser von den Modulflächen ist zu vermeiden. Besonderer Handlungsbedarf besteht diesbzgl. bei Flächen in Hanglage.

Insbesondere bei größeren Vorhaben empfehlen wir die Hinzuziehung einer Bodenkundlichen Baubegleitung und die Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes. Ziel der bodenkundlichen Baubegleitung ist es, die Belange des vorsorgenden Bodenschutzes im Rahmen von Baumaßnahmen zu erfassen, zu bewerten und negative Auswirkungen auf das Schutzgut Boden durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden. Als fachliche Grundlage sollte DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ dienen. Der Geobericht 28 [Bodenschutz beim Bauen](#) des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema in Niedersachsen. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 [Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis](#) zu finden.

Sonstige Hinweise

Sollten Pfähle, Haken oder sonstige Befestigungs- und Gründungsmöglichkeiten der Anlagen bis in die wassergesättigte Zone verbaut werden, ist sicherzustellen, dass von diesen keine Schadstoffe ins Grundwasser gelangen (z.B. infolge von Korrosion). Untersuchungen haben gezeigt, dass dies bei der Verwendung von verzinkten Bauteilen unter Umständen auftreten kann.

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie [hier](#). Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:

Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus
Erdgas-Transportleitung Huntorf - Rockstedt /	EWE NETZ	Gashochdruckleitung	betriebsbereit / in

Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus
Wurthfleth/Aschwarden - Rockstedt / Abschnitt Uthlede - Rockstedt	GmbH		Betrieb

Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.

Sofern Ihr Planungsvorhaben Windenergieanlagen betrifft, wird auf die Rundverfügung „Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus“ verwiesen, zu finden als Download auf der Webseite des LBEG.

Wir bitten darum, sich mit dem/den betroffenen Unternehmen in Verbindung zu setzen und die ggf. zu treffenden Schutzmaßnahmen abzustimmen.

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den [NIBIS® Kartenserver](#). Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

Ob im Vorhabensgebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrecht erhalten wurde, können Sie dem [NIBIS® Kartenserver](#) entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen.

Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Cendric Bleischwitz

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig

Niedersächsische Landesforsten
Forstamt Rotenburg · In der Ahe 32 · 27356 Rotenburg (Wümme)

Instara
Vahrener Straße 180
28309 Bremen

Per Mail: hagen@instara.de

Forstamt Rotenburg

Träger öffentlicher Belange
Beratungsforstamt

Bearbeitet von: Birte Riechers

Ihr Zeichen/ Nachricht vom:
17.02.2023

Mein Zeichen:
64124

Telefon + 49 (0) 4261 - 9406-28
Fax + 49 (0) 4261 - 9406-54

Birte.riechers@nfa-rotenbg.niedersachsen.de

22.03.2023

**75. Änderung des FNP sowie Aufstellung des BPlans Nr. 37 „Solarpark Lehnstedt“ (Hagen i.B.)
Frühzeitige Behördenbeteiligung gem. §4 Abs. 1 BauGB (Scoping Verfahren)
Gemarkung Lehnstedt, Flur 3 + 9, div.; Flur 4, 21/4; 21/5**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur vorliegenden Bauleitplanung nehme ich aus Sicht der von den Niedersächsischen Landesforsten zu vertretenden öffentlichen Waldbelange wie folgt Stellung:

Bei den direkt an die Autobahn angrenzenden Flurstücken ist davon auszugehen, dass diese dem Bund/Land gehören und Teil der Bundesautobahn sind. Nach § 2 (2) Nr. 1 NWaldLG gehören Straßen und Wege, soweit sie aufgrund straßengesetzlicher Regelung für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, nicht zur freien Landschaft. Diese Flächen können demnach kein Wald sein. Nach § 1 (4) Nr. 1 und 3 Bundesfernstraßengesetz gehören zu den Bundesfernstraßen u.a. auch die Böschungen und die Bepflanzung. Sofern also der Gehölzbewuchs Bestandteil der verkehrsrechtlich gewidmeten Bundesstraße ist, wäre er somit kein Wald. Dies wäre bei der Straßenbaubehörde zu erfragen (NLStBV).

Ansonsten ist anhand alter Luftbilder zu erkennen, dass im Laufe der Jahre der Gehölzbewuchs auf den Flurstücken Flur 4, 21/4, 21/5 sowie auf Flur 9, 46/2 durch Sukzession stetig zugenommen hat. Eine Einschätzung war daher anhand von Luftbildern in Verbindung mit einer am 14.7.2022 vorgenommenen Einschätzung vor Ort zu treffen.

Anhand der vor Ort begutachteten Flächen ist die Waldeigenschaft für die Flächen südlich des Vorhabengebietes als gegeben zu sehen. Ergänzend weise ich darauf hin, dass diese im FFH-Gebiet Nr. 209 sowie im NSG LÜ 002 92 liegen.



Die oben bereits erwähnten Flurstücke 21/4 sowie 21/5 stellen sich vor Ort als sehr feuchtes Gebiet mit einzelnen Bäumen sowie Weidenbüsch dar. Noch überwiegt jedoch der Freiflächencharakter, so dass dieses „Dreiecke“ die Waldeigenschaft nicht erfüllt. Da die Waldeigenschaft jedoch immer nach den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort beurteilt wird, weise ich mit Hinblick auf die Entwicklung in der Vergangenheit darauf hin, dass sich hier innerhalb der nächsten Jahre die Waldeigenschaft einstellen könnte.

Die nördlich angrenzenden Flächen stellen sich ebenfalls als Wald dar. Diese liegen innerhalb des NSG LÜ 000 94. Auch hier zeigt die Auswertung der Luftbilder, dass der an die Autobahn angrenzende offenere und feuchtere Teil nach und nach zu Wald wird.

Ergänzen füge ich an dieser Stelle hinzu, nach welchen Kriterien die Herleitung der Waldeigenschaft erfolgt:

§ 2 NWaldLG

(3) 1 Wald ist jede mit Waldbäumen bestockte Grundfläche, die aufgrund ihrer Größe und Baumdichte einen Naturhaushalt mit eigenem Binnenklima aufweist. 2 Nach einer Erstaufforstung oder wenn sich aus natürlicher Ansammlung mindestens kniehohes Waldbäume entwickelt haben, liegt Wald vor, wenn die Fläche den Zustand nach Satz 1 wahrscheinlich erreichen wird.

Grundvoraussetzung für das Vorhandensein von Wald ist demnach eine Grundfläche, die mit Waldbäumen bestockt ist, die aufgrund Größe und Baumdichte (Kronenschluss) einen Naturhaushalt mit eigenem Binnenklima aufweist. Dabei müssen einzeln liegende Waldstücke eine Mindestgröße aufweisen, die im Gesetz nicht eindeutig, aber durch Gerichtsurteile und Kommentare näher definiert wurde.

Nach dem Kommentar Dr. Möller (Band III Seite 40 ff.) sollen mindestens 1.000m² Fläche erreicht sein und an der Schmalseite 30 m breit. Laut Rechtsprechung sind sogar schon kleinere Flächen (400m²), die von besonderer Bedeutung waren zu Wald „erklärt“ worden (Band III S. 55).

Die „Schmalseite“ ist dabei nicht die schmalste Stelle der beiden Schmalseiten, sondern die breiteste Stelle. Ansonsten wäre beispielsweise ein Trapez, das an den beiden Langseiten 200m misst, an der breitesten Schmalseite 45m, aber an der schmalsten Schmalseite nur 25m erreicht kein Wald, obwohl die Gesamtfläche 7000m² beträgt.

Ist ein kleines Waldstück, das alleine wegen seiner geringen Gesamtgröße oder zu geringen Breite aber mit einem größeren Waldstück verbunden, wird es nicht für sich betrachtet, sondern gilt ebenfalls als Wald, wenn es nicht deutlich (Einzelfallbegutachtung) oder rechtlich (klassifizierte Straßen) von diesem Wald „getrennt“ ist. Wege oder sonstige zum Wald gehörende „Zubehörfächen“ trennen in diesem Fall nicht.

KOLODZIEJCOK und RECKEN weisen zudem darauf hin, dass nach der Generalklausel § 2 Abs. 1 Satz 1 grundsätzlich jede Grundfläche Wald i. S. des BWaldG ist, wenn sie mit Forstpflanzen bestockt ist; subjektive Bestimmungskriterien bleiben hier außer Betracht. Die Autoren führen weiter aus, dass es insofern unerheblich ist, „ob die Bestockung einer Grundfläche vornehmlich der Holzgewinnung, Zwecken des Bodenschutzes, der Erholung oder der Landschaftsgestaltung dient, oder ob die Bestockung einer Grundfläche zu einem dieser Zwecke (oder zu anderen Zwecken) zu dienen bestimmt ist. Rechtliche Ausweisungen oder Festsetzungen in Plänen (z.B.

Flächennutzungs- oder Bebauungsplan...) oder in amtlichen Registern (z.B. Grundbuch, Liegenschaftsbuch, Waldverzeichnis) sind im Rahmen des § 2 ohne rechtliche Bedeutung."

Nach dem LROP 3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei
sollen Waldränder von störenden Nutzungen und von Bebauung freigehalten werden.

Nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven
3.2.1.2 Forstwirtschaft

05 sind Wald sowie sämtliche **Waldränder einschließlich einer Übergangszone grundsätzlich von Bebauung freizuhalten**. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein **Abstand von 100m zum Waldrand einzuhalten**. Die Entwicklung eines artenreichen und vielfältigen Waldrandes ist zu fördern.

Diese Vorgaben aus dem RROP sind damit ein Ziel der Regionalen Raumordnung und können nur im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens in Frage gestellt werden.

Damit zielt das RROP ebenso wie das LROP ausdrücklich auf den Schutz der besonders wertvollen Waldränder ab, unabhängig davon ob dieses dem Schutz von Leib und Leben dienlich ist. Aus forstlicher Sicht ist eine Photovoltaik Anlage als störende Nutzung einzustufen.

Demnach schließen sich die angedachten nördlichen Flurstücke 2/4, 3/1, 4/6 sowie 5/17 aus forstfachlicher Sicht für einen Solarpark aus, zu den südlich angrenzenden Beständen müssen 100m Abstände eingeplant werden.

Diese Stellungnahme ist mit dem LWK Forstamt Nordheide - Heidmark gemäß §5 (3) NWaldLG abgestimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Birte Riechers

Geschäftsstellen:

Beerster Wasserwerk 1
27624 Geestland
Tel.: (04745) 94 36 0
Fax: (04745) 94 36 70
info@wwesermuende.de

Am Wasserwerk 3
27628 Hagen i. Br.-Bramstedt
Tel.: (04745) 94 36 50
Fax: (04745) 94 36 80
info@wwesermuende.de



Wasserverband Wesermünde

www.wwesermuende.de

Wasserverband Wesermünde Beerster Wasserwerk 1 27624 Geestland

Instara
Vahrer Straße 180
28309 Bremen

Geschäftsstelle:	Geestland
Ansprechpartner:	Nils Richter
Telefon:	04745 – 94 36 16
E-Mail:	richter @wwesermuende.de
Unser Zeichen:	Ri-03-2023
Datum:	21.03.2023

Ihr Zeichen: li - sw

75. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung des Bebauungsplans Nr.37 „Solarpark Lehnstedt“, Gemeinde Hagen im Bremischen

hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörde und der sonstige Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Aufforderung zur Stellungnahme zur o. a. Änderung des Flächennutzungsplanes (F-Plan) und der Aufstellung des o. a. Bebauungsplanes (B-Plan).

Der Wasserverband hat im Plangebiet keine Trinkwasserleitungen liegen und begrüßt das kein Trinkwasser für den Solarpark Lehnstedt benötigt wird.

Die Löschwasserversorgung ist daher über netzunabhängige Löschwasserentnahmestellen (wie z. B. Löschwasserteiche, Löschwasserbrunnen, Löschwasserbehälter etc.) vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

i. V. Nils Richter
Technischer Leiter

GEMEINDEN

Von: Sylvia Kramer <sylvia.kramer@oowv.de>
Gesendet: Dienstag, 14. März 2023 14:14
An: HAGEN
Betreff: Stellungnahme des OOWV zum Bbp Nr. 37, Solarpark Lehnstedt in der Gemeinde Hagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teilen wir Ihnen mit, dass sich im o.g. Bereich keine Entsorgungsanlagen des OOWV befinden. Bedenken gegen den Solarpark werden somit nicht erhoben.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Sylvia Kramer
Leitungswesen

OOWV
Georgstr. 4
26919 Brake

Tel: 04401/916-265
Fax: 04401/916-35265
E-Mail: sylvia.kramer@oowv.de
Web: www.oowv.de

Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Albrecht-Thaer-Straße 6a • 27432 Bremervörde

Instara Institut für
Stadt- und Raumplanung GmbH
Vahrer Straße 180
28309 Bremen

per Email: info@instara.de

Bezirksstelle Bremervörde
Albrecht-Thaer-Straße 6a
27432 Bremervörde
Telefon: 04761 9942-0
Telefax: 04761 9942-159

Internet: www.lwk-niedersachsen.de

Bankverbindung
IBAN: DE79 2805 0100 0001 9945 99
SWIFT-BIC: SLZODE22XXX

Steuernr.: 64/219/01445
USt-IdNr.: DE245610284

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Ansprechpartner in	Durchwahl	E-Mail	Datum
li-sw	20 21 001 (C) Hag -Bur/aw	Herr Burfeind	-137	klaus.burfeind@lwk-niedersachsen.de	01.03.2023

**75. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 37
„Solarpark Lehnstedt“, Gemeinde Hagen im Bremischen
hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping-Verfahren)
Ihr Schreiben vom 16.02.2023**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Durchsicht der Planunterlagen nehmen wir zur o.g. Planung aus allgemeiner landwirtschaftlicher Sicht im Folgenden Stellung.

Im Allgemeinen sei unseren Ausführungen zur hier vorliegenden Planung vorangestellt, dass die Landwirtschaftskammer Niedersachsen dem weiteren Ausbau regenerativer Energien grundsätzlich positiv gegenübersteht und hierbei auf ein ausgewogenes Konglomerat der Energiequellen Wind, Sonne und Biomasse setzt.

Im Hinblick auf Solarenergienutzung sollten aus landwirtschaftlicher Sicht vorrangig bereits versiegelte Flächen, Fassadenflächen, Konversionsstandorte und Brachflächen in Anspruch genommen werden. Bei der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist darauf zu achten, dass es nicht zur Verknappung hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen, zu Flächenkonkurrenzen und Fehlentwicklungen auf dem Pacht- und Bodenmarkt kommt. Dabei kann die Errichtung von Freiflächen-PV mit erheblichen Eingriffen in die Agrarstruktur verbunden sein und starke einzelbetriebliche Betroffenheiten (bis hin zu Existenzgefährdungen) durch Inanspruchnahme von Pachtflächen auslösen. Es bedarf u.E. daher auf regionaler und kommunaler Ebene planerischer Zielaussagen, in welchem Umfang neben der prioritären Nutzung von versiegelten Flächen (s.o.) eine Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für die Photovoltaiknutzung erfolgen soll.

Grundsätzlich birgt eine aktive kommunale Steuerung dieser Entwicklungen große Chancen einen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu leisten und gleichzeitig Fehlentwicklungen in der Raumplanung entgegenzuwirken. Idealerweise sollte eine kommunale Steuerung anhand entsprechender Zielformulierungen und Potentialanalysen – einschließlich agrarstruktureller Kriterien – vorhabenbezogenen Planungen vorgeschaltet werden.

Diesbezüglich verweisen wir auf die Arbeitshilfe des NLT und des NSGB zur Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Niedersachsen, 1. Auflage, Stand 19.10.2022, die auch die Möglichkeiten der Berücksichtigung agrarstruktureller Belange enthält.

Durch die vorliegende Planung ist die (vorhabenbezogene) Schaffung der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Entwicklung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung Photovoltaik in der Gemeinde Hagen im Bremischen mit einer Größe von insgesamt ca. 34,76 ha auf derzeit uneingeschränkt nutzbaren landwirtschaftlichen Flächen (Grünlandflächen) vorgesehen. Gemäß den vorliegenden Unterlagen handelt es sich bei der geplanten Nutzung um eine Freiflächenphotovoltaikanlage. Demnach liegt aus unserer Sicht keine Agri-PV-Nutzung mit landwirtschaftlicher Hauptnutzung gemäß Definition der DIN SPEC 91434:2021-05 (D) vor. Daher ist die hier vorliegende Planung aus landwirtschaftlicher Sicht als vollständiger Flächenverlust im Umfang von ca. 34,76 ha Grünland zu werten. Im Falle noch vorzusehender plangebietsexterner Kompensationsmaßnahmen kann sich der landwirtschaftliche Flächenverlust weiter erhöhen. Ob eine spätere Rückumwandlung der Freiflächen-PV-Fläche nach Rückbau der Anlage in eine landwirtschaftliche Nutzfläche möglich ist, ist derzeit nicht absehbar, da sich durch die Nutzungsintensivierung der Fläche bzw. mit plangebietsinternen Kompensationsmaßnahmen auch nach Rückbau aus naturschutzrechtlicher Sicht dauerhaft zu erhaltene Strukturen ergeben könnten, die einer Rückumwandlung entgegenstehen. Daher ist aus heutiger landwirtschaftlicher Sicht aktuell von einem dauerhaften Flächenverlust auszugehen.

Bezüglich des in dem Plangebiet erfolgenden Entzugs landwirtschaftlicher Nutzflächen lassen die Unterlagen Aussagen zur abwägungsbeachtlichen Berücksichtigung der bauplanungsrechtlichen Bodenschutzklausel und Umwidmungssperrklausel (§1a (2) BauGB) bislang vermissen. Dies gilt insbesondere für eine Alternativenprüfung, ob und inwieweit Potentiale zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen zur Schonung landwirtschaftlicher Nutzflächen in bebauten oder vorbelasteten Bereichen (z.B. auf Konversionsflächen: ehemalige Sandabbau Standorte, Deponien, Altlastenstandorte, ehemals militärisch genutzte Standorte, Industriebrachen, sonstige versiegelte Flächen usw.) umgesetzt werden können.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich das geplante Sonderbaugebiet mit der Zweckbestimmung „Solarpark“ in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft gem. derzeit gültigem RROP des Landkreises Cuxhaven befindet. Dies ist grundsätzlich kritisch zu sehen. Wir weisen darauf hin, dass gemäß LROP Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft nicht in Anspruch genommen werden sollen (soll-Vorschrift). Diesbezüglich sollte eine Abwägung der Inanspruchnahme vorangestellt sein, welche in den vorliegenden Unterlagen derzeit zu vermissen ist.

Raumplanerisch kann die Absicht der Etablierung von Photovoltaik entlang der A27 nachvollzogen werden. Dennoch resultiert aus der Planung ein Verlust von 34,76 ha uneingeschränkt nutzbarem Grünland, was aus allgemeiner landwirtschaftlicher Sicht kritisch zu sehen ist.

Im Planentwurf wird beschrieben, dass es sich bei den betroffenen Flächen um minderwertige Agrarfläche handelt, welche sich kaum für die intensive Nutzung eignet. Grundsätzlich ist dem zu entgegnen, dass nach der „Schlaginfo Agrarförderung Niedersachsen“ alle im Plangebiet befindlichen Flächen für die Agrarförderung beantragt worden sind und somit auch von den Bewirtschaftern zur Futterproduktion für die Sicherung der Futtergrundlage genutzt werden können. Ebenfalls kann nicht davon ausgegangen werden, dass Moorböden und Böden mit begrenztem Nährstoffspeichervermögen für eine intensive Bewirtschaftungsform ausscheiden.

Darüber hinaus kann der durch die vorliegende Planung entstehende Flächenentzug im Falle der bisherigen Verpachtung der Flächen an wirtschaftende Betriebe zu einzelbetrieblichen Betroffenheiten bei diesen führen. Die vorliegenden Unterlagen enthalten dazu keine Informationen. Mögliche Betroffenheiten wären aus unserer Sicht sowohl im Hinblick auf die Wahrung der Belange der betroffenen Betriebe, als auch im Hinblick auf die Rechtssicherheit der Planung zu beleuchten. Hinsichtlich möglicher starker Betroffenheiten bis hin zu Existenzgefährdungen verweisen wir vorsorglich auch auf §§180 und 181 BauGB. Daher regen wir im Falle des Vorliegens von Pachtflächen eine Feststellung der Betroffenheiten an, die – auch entsprechend der Empfehlungen der o.g. NSGB-Arbeitshilfe – im Rahmen eines landwirtschaftlichen Fachgutachtens zur einzelbetrieblichen Verträglichkeit erfolgen könnte. Für weitergehende Informationen oder Abstimmungen dazu stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Im Hinblick auf die geplanten planinternen und externen Kompensationsmaßnahmen weisen wir auf die Grundsätze des §1 a BauGB i.V.m. § 15 (3) BNatSchG zur Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei der Planung von Kompensationsmaßnahmen hin: *„Bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen.*

Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden“.

Bei Rückfragen oder für weitergehende Abstimmungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Burfeind
Ländliche Entwicklung

GEMEINDEN

Von: Zulauf, Sönke <Soenke.Zulauf@autobahn.de>
Gesendet: Montag, 13. März 2023 14:47
An: HAGEN
Cc: Anbau; FU-NOW-NL-H-Strassenverwaltung; FU-NOW-AM-VER-Debstedt; Fick, Torsten; Zwirner, Jana; Brendel, Ekaterina; Ewen, Gertrud
Betreff: WG: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping-Verfahren) zur 75. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 37 „Solarpark Lehnstedt“
Anlagen: Toeb_7537_Autobahn.pdf; Hagen75FNP_Plz.pdf; Hagen37_Plz.pdf

Sehr geehrter Herr Wessel, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung an dem o.g. Bauleitplanverfahren.

Unsere gemeinsame mit dem Fernstraßen-Bundesamt verfasste Stellungnahme hierzu lautet wie folgt:

Die 40-m-Anbauverbotszone an der BAB A 27 ist in der Planzeichnung des Bebauungsplans enthalten, die Anbaubeschränkungszone ist nicht eingezeichnet. Im Flächennutzungsplan fehlt die Zonierung gänzlich. Wir bitten daher - sofern möglich - um eine ergänzende Darstellung der Zonierungen.

Im Bebauungsplan verläuft die Baugrenze für die vorgesehenen Flächen zum Teil innerhalb der Anbauverbotszone zur BAB A 27.

Daher bitten wir um die Berücksichtigung folgender Hinweise:

- Längs der Autobahn dürfen jegliche Hochbauten, auch Nebenanlagen als solche, auch auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche innerhalb der 40-m-Anbauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 FStrG nicht errichtet werden, § 9 Abs. 1 FStrG. Umfasst sind hiervon auch die Solartische und jegliche damit im Zusammenhang stehenden Anlagen über der Erdgleiche (z.B. Masten etc.). Dies gilt auch für Abgrabungen und Aufschüttungen größeren Umfangs.
- Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen konkrete Bauvorhaben (auch baurechtlich verfahrensfreie Vorhaben) der Zustimmung/Genehmigung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn sie längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden.
- Aufgrund der Änderung des § 2 EEG liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse. Die erneuerbaren Energien sollen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Hinsichtlich der Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen in der Anbauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 FStrG sind daher Privilegierungen möglich, sodass die Inanspruchnahme der 40-m-Anbauverbotszone, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, bei einer Vielzahl von Vorhaben i. S. d. § 9 Abs. 8 FStrG möglich ist. Um die Vereinbarkeit mit den in § 9 Abs. 3 FStrG aufgezählten straßenrechtlichen Belangen und das Maß einer möglichen Inanspruchnahme feststellen zu können, bedarf es immer einer Bewertung der konkreten Umstände des Einzelfalls. Daher sind - wie oben bereits erbeten - in Flächennutzungsplan und Bebauungsplan die gesetzlichen Anbauzonen des § 9 FStrG, 40-m-Anbauverbotszone und 100-m-Anbaubeschränkungszone, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, zeichnerisch darzustellen. Die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen stellt grundsätzlich ein Allgemeinwohlinteresse dar, das zugleich eine Ortsgebundenheit aufweist. Ich bitte ebenfalls um die Aufnahme dieses Hinweises, um den Vorhabenträgern aufzuzeigen, dass ein Abweichen vom grundsätzlichen gesetzlichen Verbot insbesondere bei der Errichtung von

Photovoltaikfreiflächenanlagen möglich sein kann, dies jedoch nicht von einer gesonderten Antragstellung, ggf. im Rahmen der Beteiligung des Fernstraßen-Bundesamtes im Baugenehmigungsverfahren, entbindet. Ich weise darauf hin, dass im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ggfls. eine vertragliche Rückbauverpflichtung mit der Autobahn GmbH des Bundes für den Fall von kollidierenden Ausbauabsichten in der Anbauverbotszone abgeschlossen werden muss sowie die Ausnahmegenehmigung gem. § 9 Abs. 8 FStrG für diesen Fall auch unter dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden kann.

- Wegen Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und der o. g. Ausführungen bezüglich des § 2 EEG muss der Abstand zwischen BAB und PV-Anlage im Verwaltungsverfahren für die Befreiung geklärt werden; eine Überbauung der Verbotszone kann insoweit zum jetzigen Zeitpunkt dem Grunde nach zugesagt werden.
- Der Aufprallschutz für abkommende Fahrzeuge gemäß der Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme muss gewährleistet werden.
- Die Unterhaltung des Straßenbauwerks muss gewährleistet sein.
- Bei der Errichtung von Werbeanlagen ist darauf zu achten, dass die Verkehrssicherheit der BAB A27 nicht beeinträchtigt wird. Die Errichtung von Werbeanlagen, auch temporärer Natur im Zuge von Bauarbeiten, bedarf ebenso der Genehmigung oder Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf § 33 StVO wird verwiesen.
- Bezüglich der möglichen Errichtung von Zäunen wird auf § 11 Abs. 2 FStrG verwiesen. Demgemäß dürfen Anpflanzungen, Zäune, Stapel, Haufen und andere mit dem Grundstück nicht fest verbundene Einrichtungen nicht angelegt werden, wenn sie die Verkehrssicherheit (konkret) beeinträchtigen. Soweit sie bereits vorhanden sind, haben die Eigentümer ihre Beseitigung zu dulden. Die Einordnung der Zaunanlage unter § 11 FStrG oder ggf. doch unter § 9 FStrG bedarf der konkreten Prüfung im Einzelfall.
- Zur Artenwahl in den Textlichen Hinweisen des B-Planes für die vorgesehene Anpflanzung werden keine Hinweise gegeben. Der Pflanzabstand von 1 m zwischen den Reihen erscheint im Hinblick auf die vorgesehenen Arten als recht eng und sollte zur Vermeidung eines vorzeitigen Vergreisens und zur Vermeidung frühzeitiger Pflegemaßnahmen auf wenigstens 1,50 m erhöht werden.
- Eine Gefährdung des Straßenverkehrs auf der BAB A 27 durch die Blendwirkung geplanter Photovoltaik-Anlagen ist zu verhindern.

Ich bitte um weitere Beteiligung am Verfahren und stehe Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sönke Zulauf

Die Autobahn GmbH des Bundes
Niederlassung Nordwest | Außenstelle Verden
Hamburger Straße 26 · 27283 Verden (Aller)

Sönke Zulauf
Geschäftsbereichsleitung Planung
T +49 4231 67731-200
soenke.zulauf@autobahn.de
www.autobahn.de

Geschäftsführung Stephan Krenz (Vorsitzender) ·
Gunther Adler · Anne Rethmann
Aufsichtsratsvorsitz Oliver Luksic
Sitz Berlin · AG Charlottenburg · HRB 200131 B

Unterhaltungsverband Nr. 79 Osterstade-Nord



01. MRZ 2023

UHV Nr. 79 Osterstade-Nord | Schulstraße 1 | 27616 Beverstedt

Instara
Vahrer Straße 180
28309 Bremen

Schulstraße 1
27616 Beverstedt, 27.02.2023

Telefon: 04747/87396-0
Telefax: 04747/87396-20

info@wabo-wem.de
www.wabo-wem.de

Auskunft erteilt: Frau Tietjen

75. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 37 „Solarpark Lehnstedt“

hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping-Verfahren)

Ihr Schreiben vom 17.02.2023 mit dem Zeichen li-sw

Sehr geehrte Damen und Herren,

da das Plangebiet außerhalb unseres Verbandsgebiets liegt, bestehen aus Sicht des Unterhaltungsverbands Nr. 79 grundsätzlich keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Sollten im weiteren Verfahren externe Kompensationsmaßnahmen geplant werden, von denen unserer Verbandsanlagen betroffen sind, ist eine erneute Beteiligung erforderlich. Ebenso ist dann die Berücksichtigung unserer Verbandssatzung (insbesondere die Einhaltung des Räumstreifens) zu bedenken.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Tietjen

Verbandsingenieurin

Bankverbindung
Weser-Elbe Sparkasse
IBAN DE53 2925 0000 0100 1116 29
BIC BRLADE21BRS

NLWKN - Betriebsstelle Stade
Harsefelder Str. 2, 21680 Stade

Instara
Vahrer Straße 180

28309 Bremen

Bearbeitet von
Klaus Baumann

E-Mail
klaus.baumann@nlwkn.niedersachsen.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
re-sw 17.02.2023

Mein Zeichen (Bitte bei Antwort angeben)
III.1.62018-8-352

Telefon 04141/
601-271

Stade
21.02.2023

**75. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung des Bebauungsplanes 37
„Solarpark Lehnstedt“, Gemeinde Hagen im Bremische
Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Träger Öffentlicher Belange nimmt der NLWKN grundsätzlich nur zu den von ihm unterhaltenen Anlagen, Gebäuden, Grundeigentum, landeseigenen Gewässern und Messstellen Stellung.

In diesem Falle ist der NLWKN durch die geplante Maßnahme nicht betroffen.

Zum Umfang und Detailierungsgrad eine Umweltprüfung haben wir keine Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen



(Bearbeiter)